

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckstelle: Nachrichten Dresden
Sammelnummer: 15243
Nr. für Nachdrucksrechte: Nr. 10011
Scheitreibung u. Haftungsabschöpfung:
Dresden-L. 1, Marienstraße 28/42

Besuchsgeld für vom 1. bis 15. Oktober 1928 bei jedem zweimaliger Besuchung frei. Kosten 1.70 M.
Besuchsgeld für den Monat Oktober 3.40 M., ohne Besuchungsgeld. Einzelnummer 10 M.
Ausgabenrechte: Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: die einzivile 30 mm breite Seite
85 Pf., für auswärtig 40 Pf. Familienangebote und Stellenanzeige ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb
35 Pf., die 90 mm breite Reklameseite 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Lieferungsgebühr 20 Pf.
Autowagen-Kaufleute gegen Vorabuzahlung.

Druck u. Verlag: Bleisch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit heftl. Aufdruck erlaubt
Dresden, Sachsen. Interne Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eisenbahnunglück in der Pfalz

Ein Personenzug fährt im Bahnhof Kaiserslautern in einen Arbeiterzug

Mannheim, 1. Okt. Die Eisenbahndirektion Ludwigshafen teilt mit: Heute vormittag gegen 5.30 Uhr stieß bei der Einfahrt in den Bahnhof Kaiserslautern-West der Personenzug 1825 mit einem Arbeiterzug zusammen. Der zweite Wagen des Arbeiterzuges stieß sich dabei in den ersten Wagen hinein. Bis jetzt sind festgestellt

1 Toter, 3 Schwerverletzte und 5 Leichtverletzte.

Von anderer Seite erfahren wir dazu noch: Beide Signale standen auf freie Fahrt. Als der Arbeiterzug 60 Meter in das Gleis eingefahren war, kam der Personenzug vom Bahnhof Kaiserslautern-West, der direkt auf die Lokomotive des Gegenzuges auffiel. Dabei wurden die beiden Wagen ineinander geschoben. Die auf der Plattform des zweiten Wagons stehenden Personen wurden in die Wund hineingepreßt. Mit vier Sanitätsautos wurden die Verletzten abtransportiert. Die Verunglückten (darunter drei Frauen) kamen alle aus der Pfalz.

Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, da ein Teil der Verlorenen, der auf der Plattform des Wagons stand, vollständig eingeklemmt war. Erst nachdem die hindernden Eisenteile geschnitten worden waren, gelang es, die Verletzten zu bergen. Drei Herren und ein Geistlicher waren sofort an der Unfallstelle und leiteten nach Leistung der ersten Hilfe den Abtransport der Verunglückten. Eine gerichtliche Untersuchungskommission hat gemeinsam mit den maßgebenden Kreisen der Reichsbahndirektion Ludwigshafen die Untersuchung über die Ursachen des Unfalls aufgenommen. Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob Fahrlässigkeit der beiden in Betracht kommenden Lokomotivführer oder falsche Weichenstellung die Ursachen sind.

Der Streik auf den Schiffswerften

Hamburg, 1. Okt. Die Werftarbeiter in Hamburg sind der Streikparole der Gewerkschaften heute allgemein gefolgt. Die wenigen heute zur Arbeit Erzielenden ziehen sich aus. Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge und über 60 Jahre alten Leuten zusammen. Verstärkte Polizeipatrouillen sorgen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Auch in Kiel ist im Verlust der von den Gewerkschaften ausgedachten Parole die Arbeit heute früh auf allen Seeschiffswerften eingestellt worden. Von dem Streik werden allein in Kiel rund 15 000 Arbeiter betroffen. Die Rostandsarbeiten werden verrichtet.

Sanierung der Kopenhagener Privatbank

Kopenhagen, 1. Okt. Wie nach Abschluß der Sonntagsitzung in der dänischen Nationalbank gegen Mitternacht bekannt wurde, haben die Verhandlungen der interessierten Finanz- und Wirtschaftskreise das Ergebnis gehabt, daß genügend privates Kapital zur Verfügung steht, um die Erhaltung der zusammengebrachten Bank ohne Staatshilfe zu ermöglichen.

Die blutige Wahlchlacht in Geesthacht

200 Leichtverletzte?

Geesthacht, 1. Okt. Zu den blutigen Wahlkämpfen, die sich am Montag zwischen Reichsbannerleuten und Roffrontkämpfern hier abspielten, ist noch folgendes zu berichten: Der Polizeidezernent hatte nach dem zivilen Verlauf der Wahlpropaganda am Sonnabend mit keiner Unruhe gerechnet und daher die Wahlpropaganda am Sonntag nicht verbieten. Nachdem bis Mittag alles ruhig verlaufen war, entpann sich kurz darauf in einem Hof eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten. Nach einem Angriffserfolg versuchten die Kommunisten das Portal, in dem ein einzelner Reichsbannerleute beim Mittagessen saßen, zu stürmen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der es zwei Schwerverletzte auf Seiten der Kommunisten und etwa 20 Leichtverletzte auf Seiten der Roffrontkämpfer gab. Die verstärkten Polizeimannschaften rückten sofort ein und konnten die Ruhe wieder herstellen. Später kam es in der Seegerbergsstraße bei Umzügen zu einem neuen Zusammenstoß, der in

eine regelrechte Schlacht

aufartete, an der schätzungsweise je 1500 Mann teilnahmen. Die Schlacht löste sich in viele Gruppenkämpfe auf, bei denen Hieb- und Stichwaffen, Gummiknüppel, Messer und Stahlstangen verwandt wurden. Plötzlich fielen mehrere

Schüsse. Immer neue Sturmtruppen mischten sich in das Gescheh.

Die Polizei war bei der Unübersichtlichkeit des Kampfes völlig machtlos. Bei den erbitterten Kämpfen, die ungefähr eine Stunde andauerten, wurde ein Kommunist durch Brustschuß getötet, während 6 Schwerverletzte und etwa 20 Leichtverletzte am Platz blieben. Diese haben zum größten Teil Stich- und Schlagwunden, zum Teil aber auch Schußwunden davongetragen. Die Polizei, die inzwischen verstärkt worden war, gab zunächst

eine Salve in die Luft

ab und griff dann energisch ein. Die Kämpfenden konnten getrennt werden. Gegen 5 Uhr nachmittags transportierten die Roten Frontkämpfer ihre Leute auf Lastwagen ab, etwas später verließen auch die Reichsbannerleute mit ihren Fahrrädern die Stadt. Die schwer und leicht Verletzten des Tages — die Zahl der Leichtverletzen wird von anderer Seite auf etwa 200 angegeben — wurden in Lastautos abtransportiert. Der Einwohnerstand von Geesthacht hatte sich eine starke Ansiedlung bemächtigt. Die Wahllokale wurden geschlossen und der Wahlbetrieb einzestellt, so daß die Stadtverordnetenwahl wiederholt werden mußte. Die Schulräume konnten noch nicht einwandfrei erklärt werden. Es wurde lediglich festgestellt, daß neben dem aktiveren Kommunisten mehrere Patronenhülsen gefunden wurden. Die Polizei nahm eine große Zahl von Verhaftungen vor.

Schwere Beschimpfungen Deutschlands durch einen französischen Minister

Paris, 1. Okt. Frankreich und namentlich die ehemaligen französischen Kampfgebiete wurden am Sonntag ganz besonders heimgesucht von der Epidemie der Denkmalsfeiern und Erinnerungsfeiern, bei denen verantwortliche und unverantwortliche Persönlichkeiten sich bemühten, mehr der Sache des Volkerhauses, als der der Verdunfeier zu dienen. Ein besonders krasses Beispiel bot die Verleihung des Ritterkreuzes der Ehrenlegion an Nomens, bei der auch Pensionsminister Marin das Wort ergriff. Die Redner versuchten, aber, daß es sich bei der Niederlegung des Tortes und der Erichtung von Zivilpersonen im Weltkrieg um eine Strafexpedition handelte, nachdem von Soldaten geschossen worden war.

Einer der Redner von Nomens warf die Frage auf, ob es in 20 Jahrhundert möglich sei, daß ein großes Volk, das sich rühme, einige Zivilisation zu haben, wissenschaftlich und überlegt Alle habe vollbringen können, die an Schreden alles überstiegen, was man sich habe vorstellen können.

Pensionsminister Marin erklärte, wenn er an die 65 Opfer der Zivilbevölkerung erinnere und wenn er an die Grausamkeit des Feindes denke, so lage er sich, daß eine Nation, die den Ruhm derartiger Märsche fallen ließe, ihrem Ende nahe sei, und daß Leute, die Handlungen von solcher Barbarei begangen hätten, für immer verflucht seien.

Ostmark-Rundgebung des Stahlhelm

(Eigener Bericht der „Dresdner Nachrichten“)

Marburg, 20. September.

Die Grenzlandkundgebung des ostpreußischen Stahlhelms erreichte ihren Höhepunkt in einem Stahlhelmpappel auf der Schützenbausweise, zu dem über 3000 Männer angereist waren. Nach dem Abschreiten der Front durch den 2. Bundesführer, Oberstleutnant Duesterberg, führte dieser unter wiederholten stürmischen Aufstimmungskundgebungen der Versammlungen etwa Folgendes aus:

„Ich begrüße den Stahlhelm des Ostens, der als Hort des Deutschtums auf der Wacht steht, und dankt ihm im Namen des Bundes für seine Arbeit. Mit dem Weitem fordert der gesamte Stahlhelm eine aktive Ostpolitik. Der ganze Bund kennt die Nöte des Ostens. Er hat die entscheidende Bedeutung der Ostfrage für unser deutsches Gemeinschaftsgefühl begriffen. Die deutsche Außenpolitik hat wie in Westen so auch im Osten ver sagt. In der Korridor- und Danzigfrage ist trotz aller Voraussetzung nicht der geringste Fortschritt erzielt worden. Im Gegenteil, es ist ein deutliches Vordringen des polnischen Einflusses sichtbar. Eine freiwillige Anerkennung der jüngsten Grenze als Gegenleistung für eine vorzeitige Rheinlandräumung, auf die wir ohnehin schon längst Anspruch haben, kann für uns nie und nimmer in Frage kommen. Wie vor einigen Monaten in Oppeln, so wiederholen wir hier auf dem Boden der deutschen Ostmark: „Ein Ostcaro wäre ein Verbrechen am deutschen Volke und seinem Zukunft.“ Mit am verhängnisvollsten wird sich die deutsche Dienstbarkeit gegenüber Polen in der Auslieferung der deutschen Landwirtschaft an die polnische Konkurrenz erzielen. Der Abwanderung im Osten ist deshalb eine weitläufige Siedlungspolitik entgegenzusezten. Wir verlangen insbesondere, daß die wirtschaftlichen Belange des Ostens bei den Handelsverträgen verhandelt werden mit Polen unter allen Umständen gewahrt werden. Die Polen sind bei diesen Verhandlungen so anstrengend, weil sie es mit dem entwaffneten deutschen Volk zu tun haben und vielleicht an das friderizianische Wort denken, das Verhandlungen ohne Waffen wie Noten

ohne Instrumente sind. Aber man mag sich in Warschau gesagt sein lassen, daß der alte friderizianische Geist, der einst Wehrkreisen dem Deutschen wiedergekehrt hat, im deutschen Volke nicht erstorben ist. Dieser Geist lebt im Stahlhelm. Für uns Stahlhelmer gilt, wenn wir nach Osten blicken, der alte friderizianische Grundsatz: „Toujours en vedette!“ „Immer auf Wachtposten!“ Das mögen sich die Polen gesagt haben. Eine wirkliche Besserung unserer Lage kann erst eintreten, wenn die beginnende nationale Selbstbestimmung unseres Volkes, die nach dem Zusammenbruch der pazifistischen Außenpolitik deutlich spürbar ist, ihren Ausdruck auch in der Staatsführung erlangt.

Das bestehende parlamentarische System hat versagt. Um eine gesunde Außenpolitik mit dem Ziel der Befreiung treiben und als Voraussetzung dazu die nationale Geschlossenheit des ganzen Volkes wiederherzustellen zu können, müssen die Grundfragen des parlamentarischen Systems beseitigt werden. Der Stahlhelm hat eine Volksbewegung gegen dieses System eingeleitet, mit dem Zweck, eine Änderung der Reichsverfassung in wichtigen Punkten durch ein Volksbegehren herbeizuführen. Vor allem soll die Macht des Reichspräsidenten erweitert und die Unabhängigkeit der Minister von wechselnden Parteikonsortien befestigt werden. In den großen Fragen des nationalen Schicksals dürfen nicht länger taktische Winde und parlamentarische Verantwortungslosigkeit ausschlaggebend sein. In unserer verwirrten Lage brauchen wir eine Beschränkung der Parlamentsmacht zugunsten der Faktoren, die Träger eines starken Staatswillens sind. Heute gilt es also, die große nationale Front zu schaffen, um den Vorstoß des Stahlhelm gegen die Verfassung zum Siege vorzutragen.

In diesem Bestreben muß alles, was auf nationalem Boden steht, zusammenhalten. Wir wissen, daß wir und beim Kampf für die deutsche Freiheit auf unsere Ostmark verlassen können. Ganz Deutschland fühlt die Nöte Ostpreußens mit. Falls Polen gegen Ostpreußen aktiv vorgehen sollte, werden wir das nicht untätig hinnehmen. Die Polen sollen wissen, daß sie, wenn sie gegen Ostpreußen marschieren, nicht auf die Front der hier wohnenden Deutschen stoßen würden; das gesamte Deutschland würde aufstecken. Insbesondere der Stahlhelm ist entschlossen, allen Übergriffen der Polen entgegenzutreten. So wollen wir aus der großen Vergangenheit des Vaterlandes Kraft schöpfen, die Gegenwart neu ausgestalten und den Grund zu legen für das kommende Deutsche Reich, in dem unsere Kinder und Enkel leben können als freies Volk auf freiem Boden.“

Mit einem Vorbeimarsch am Rathaus fand die eindrucksvolle Veranstaltung, die ohne jede Störung verlief, ihr Ende.

Deutscher Wahlsieg in Hultschin

Hultschin, 1. Okt. Gestern fanden hier Gemeindewahlen statt. Von den zu vergebenden 30 Mandaten sind 17 den Deutschen und 13 den tschechischen Parteien zugeschlagen. Von den deutschen Parteien erhielten die Sozialdemokraten 4, die Christlich-Soziale Volkspartei 10 und die Nationalpartei 3 Mandate. Von den tschechischen Parteien erhielten die Sozialdemokraten 4 Mandate, die Nationalsozialisten, die Volkspartei und die bürgerliche Partei je 2, die Strabnitz-Partei, die Nationaldemokraten und die Gewerbe partei je 1 Mandat. Die Narren gingen leer aus. Insgesamt wurden 1181 deutsche und 1081 tschechische Stimmen abgegeben.

Trotz dieses offenkundigen deutschen Wahlerfolges besteht weder in der Stadt Hultschin, noch im ganzen Hultschiner Landkreis irgendeine staatliche deutsche Schule.